Roboter übersetzt Bundesreglemente

Der Bund testet die deutsche Software Deepl an Vorstössen und Amtsberichten – Experten warnen

Mischa Aebi

Bern In der Bundesverwaltung läuft derzeit ein brisanter Test: Alle sieben Departemente des Bundes lassen amtliche Dokumente im Rahmen eines Pilotprojekts statt von Übersetzern aus Fleisch und Blut von Robotern übersetzen. Die Bundesbeamten füttern die zu Versuchszwecken beschaffte Übersetzungsmaschine nicht etwa nur mit belanglosen Briefen und Texten für Internetseiten. Sie lassen die Software auch «parlamentarische Vorstösse, neue Reglemente, Amtsberichte und Fachtexte» übersetzen, wie Recherchen zeigen.

Ursula Eggenberger, Sprecherin der Bundeskanzlei, bestätigt: «Die Sprachdienste des Bundes haben eine Arbeitsgruppe konstituiert und dieser den Auftrag erteilt, einen interdepartementalen Test mit einem maschinellen Übersetzungssystem durchzuführen.» Der Versuch läuft bereits seit einem Jahr. In den nächsten Wochen soll gemäss der Kanzleisprecherin die Auswertung fertig werden. Ist das Ergebnis positiv, werden wohl schon bald Tausende amtlicher Dokumente von Robotern übersetzt.

Das Einsparpotenzial in der Bundesverwaltung ist gross: Jahr für Jahr lässt der Bund rund 370 000 Seiten von 450 eigenen Übersetzern von einer Sprache in eine andere übertragen. Dazu kommen Übersetzungsaufträge an Private in der Höhe von 10 Millionen Franken.

Übersetzungssystem könnte Hunderte arbeitslos machen

Für den Test setzen die Bundesbehörden Deepl ein. Diese Übersetzungsmaschine wurde erst vor zwei Jahren von einem kleinen deutschen Start-up lanciert. Innert Kürze hat Deepl den Google-Translator als Weltleader abgelöst. Zahlreiche Experten bescheinigen dem Newcomer Bestnoten. So fanden Sprachspezialisten der Swisscom bei einem internen Test im Schnitt pro übersetzte A4-Seite gerade mal vier Fehler. Deepl ist in einer Onlineversion unter Deepl.com auch als Gratistool zugänglich.

Hunderte Übersetzer in der Bundesverwaltung zittern nun um ihren Job. Denn Deepl könnte ihnen viel Arbeit abnehmen. Gewiss wird es so oder so in Zukunft noch Übersetzer brauchen, welche die automatisch übersetzten Texte je nach Wichtigkeit noch einer Nachprüfung unterziehen. Doch der Aufwand dafür dürfte noch einen Bruchteil betragen. Wie viele der 450 Bundesübersetzer ihren Job verlieren könnten, will der Bund nicht sagen: «Über allfällige personelle Auswirkungen einer allfälligen Einführung einer maschinellen Übersetzungs-Software spekulieren wir nicht», teilt die Bundeskanzlei mit.

Die Vertraulichkeit ist nicht gewährleistet

Der Schweizerische Übersetzer- und Dolmetscher-Verband (ASTTI) sieht in Deepl eine grosse Gefahr. Verbandspräsidentin Roxane Jacobi warnt: «Die Texte, die mit Deepl übersetzt werden, werden auf den externen Servern vom deutschen Unternehmen gespeichert, um die Übersetzungsalgorithmen zu trainieren und zu verbessern.» Vertraulichkeit und Datenschutz seien nicht gewährleistet. Selbst die kostenpflichtige Version von Deepl biete diesbezüglich keinen absoluten Schutz, sagt Jacobi.

Die Sicherheit scheint tatsächlich ein Problem zu sein. Die Swisscom hat trotz der sehr positiven Testergebnisse Deepl schliesslich doch nicht als Standardübersetzungsmaschine eingeführt: «Wir arbeiten zurzeit jedoch an einer anderen Übersetzungslösung, die sämtliche Security- und Datenschutzkriterien erfüllt», sagt Swisscom-Sprecherin Annina Merk.

ASTTI-Präsidentin Jacobi bemängelt auch die Qualität der maschinell übersetzten Texte. Sie hält zwar fest: «Wir dürfen die Technologie nicht ignorieren.» Die Tools seien per se nicht schlecht. Dennoch sei die Qualität solcher maschinellen Übersetzungssysteme «meistens nicht optimal». Deepl schlage zwar relativ fliessende und logisch formulierte Sätze vor. Laut Jacobi ist gerade das heimtückisch: «Wenn aber der Ausgangstext durch das Tool nicht korrekt analysiert wurde, ist das Resultat zwar angenehm zu lesen, aber trotzdem falsch.»

Vergleich einer menschlichen und einer maschinellen Übersetzung

Französischer Originaltext: Selon les données judiciaires préliminaires, les autorités grecques de poursuite pénale ont mis à jour une stratégie de corruption publique et privée mise en oeuvre par Novartis Grèce. Il s'agit de pots-de-vin d'un total de plusieurs dizaines de millions d'euros en faveur de médecins et de politiciens. Selon ces révélations, dix politiciens sont impliqués directement, dont un ancien ministre des finances, actuellement gouverneur de la Banque centrale grecque.
(Es handelt sich bei dem Textsample um einen Abschnitt aus einer Interpellation von Carlo Sommaruga vom Februar 2016)

Offizielle Übersetzung (Mensch): Nach vorläufigen gerichtlichen **Informationen** haben die griechischen Strafverfolgungsbehörden eine von Novartis Griechenland **geführte** Strategie der öffentlichen und privaten **Bestechung offengelegt**. Es handelt sich dabei um **Schmiergelder** an Ärzte und Politiker in Höhe von insgesamt **mehreren Dutzend Millionen** Euro. Laut den **Enthüllungen** sind zehn Politiker direkt beteiligt, darunter ein ehemaliger Finanzminister, der mittlerweile **Präsident** der griechischen **Nationalbank** ist.

Übersetzung von Deepl (Roboter): Nach vorläufigen gerichtlichen **Daten** haben die griechischen Strafverfolgungsbehörden eine von Novartis Griechenland **implementierte** Strategie der öffentlichen und privaten **Korruption aktualisiert**. Das sind **Bestechungsgelder** in Höhe von **mehreren zehn Millionen** Euro für Ärzte und Politiker. Nach diesen **Erkenntnissen** sind zehn Politiker direkt beteiligt, darunter ein ehemaliger Finanzminister, derzeit **Gouverneur** der griechischen **Zentralbank**.

Politohr

Was ist denn nur in der SVP los? Da hat in einem Jahr jemand die Chance, den Posten des höchsten Schweizers – das Nationalratspräsidium – zu übernehmen. Aber ausgerechnet in der Partei, welche wie keine andere den Nationalstolz zelebriert, sagen nun alle reihenweise ab: **Roland Büchel** (Foto) will ebenso nicht wie **Diana Gutjahr.** Begonnen hatte das Übel mit der Abwahl von **Heinz Brand** in Graubünden, der eigentlich für den Posten vorgesehen war. Am besten wäre wohl, wenn die SVP den Posten nun gleich den Grünen abgäbe. Diese würden sicherlich sofort übernehmen. Auf jeden Fall hätten sie bereits einen Trostpreis, wenn das mit der Wahl in den Bundesrat heuer noch nicht klappen sollte.

Ausgerechnet SP-Schlitzohr **Cédric Wermuth** will sich einen Kopfhörer für den Nationalratssaal zulegen. Er brauche diesen, weil ihn sonst der Lärm fertigmache, lässt er seine Social-Media-Fans wissen. Doch eigentlich könnte Wermuth sein Problem auch viel einfacher lösen: indem er öfter seinen Mund hält.

Anzeige